

Junge Kommunalpolitik

Iserlohner Sozialdemokraten sorgen für Umbenennung der Carl-Diem-Halle



Dimitrios Axourgos

(22) studiert in Bochum die Fächer Geschichte und Sozialwissenschaften im Master of Education. Seit 2004 SPD-Ratsmitglied in Iserlohn und dort im Fraktionsvorstand.

finalen Opfergang für Führer und Vaterland aufgerufen. 2000 Jugendliche zwischen 13 und 14 Jahren kamen beim Kampf um das Berliner Olympiastadion dabei ums Leben. Dies war für den Deutschen Leichtathletik-Verband unter anderem der Grund, das Gedankengut des Sportfunktionärs als undemokratisch, nationalistisch, inhuman und rassistisch zu bezeichnen und die Umbenennung des Carl-Diem-Schildes in DLV-Schild zu begründen. Auch etliche Städte, wie Paderborn, Frechen, Berlin-Steglitz, Hana, Offenbach, Köln und auch Würzburg, die Geburts- und Heimatstadt Carl Diems, benannten Straßen, Hallen und Auszeichnungen um.

Doch in Iserlohn scheiterte der erste Versuch an der Mehrheit der CDU und UWG. Ohne sich inhaltlich mit dem Thema auseinanderzusetzen, wurde der Juso-Antrag abgelehnt. „Rechte Augen bleiben dicht“ hieß es in der Lokalpresse zu diesem Verhalten der Mehrheitsfraktionen. Die Iserlohner Ratsfraktion konnte dieses Votum allerdings nicht akzeptieren. Leserbriefe,

sachliche Gespräche mit der politischen Konkurrenz und weitere Recherchen zum Thema Carl Diem folgten. Es wurde Verbindung zum sehr hilfsbereiten Büro der CSU-Bürgermeisterin in Würzburg aufgenommen und man erhielt eine sehr gut recherchierte und hilfreiche Dokumentation mit weiteren erschreckenden Zitaten Carl Diems.

Nach zwischenzeitlich zwei weiteren erfolglosen Versuchen einer Umbenennung konnte man in einer Ratssitzung 2006 mit diesen neuen Dokumenten und Argumenten aufwarten und auch endlich die Mehrheitsfraktionen überzeugen. 48 der 54 Iserlohner Ratsmitglieder stimmten letztendlich für den SPD-Antrag auf Umbenennung der Halle. Hartnäckigkeit zahlt sich aus!

Wer Infos über Carl Diem, z.B. die Würzburger Dokumentation, erhalten möchte, wendet sich an:

Dimitrios Axourgos, axourgos@aol.com

Bereits 2003 beantragten die Jusos Iserlohn eine Umbenennung der Carl-Diem-Halle in Iserlohn. Erst in der Ratssitzung im Februar 2006 kam es dann dazu!

Carl Diem, der bekannte Sportfunktionär, hatte am 18. März 1945 in seiner sogenannten Sparta-Rede die Hitlerjugend zum

Neues aus der „Schwarzkanzlei“

Objekt – subjektiv = relativ

Kann man „unmöglich“ steigern? Nein, das heißt, eigentlich nein. „Unmöglich“ geht nicht, „schier unmöglich“ aber geht und neudeutsch „total super unmöglich“ geht erst recht. Beides will sagen, dass auch noch so große Anstrengungen scheitern, um etwas zu „ermöglichen“.

Wer dennoch nicht überzeugt ist, wird von neuer Sprachgewalt vollends an die Wand gedrückt: Aus Gründen der „objektiven Unmöglichkeit“ könne kein verfassungsgemäßer Landeshausalt eingebracht werden, sagt Helmut, der Hüter der Finanzen in NRW. Das sitzt!

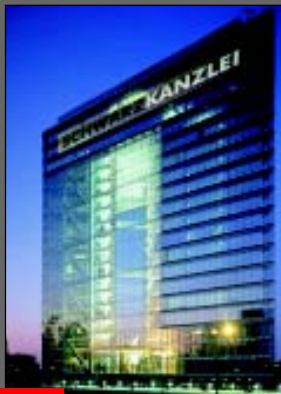
Sprichwörtlich wird von der Schwarzkanzlei Unmögliches sofort erledigt, wie etwa die Wiedereinführung der Reiterstaffel, die Abschaffung der Schulbezirke und manches mehr, zu dem Experten sagen: Unmöglich, diese Politik. Aber sie machen es.

Allein, bei ihrem größten Versprechen, den soliden Finanzen, kapitulieren die Schwarz-Gelben: objektiv unmöglich, Verfassung hin – Opposition her. Wahlversprechen als Wahlversprecher.

Wollte man sich ernsthaft mit der Feststellung „objektiver Unmöglichkeit“ befassen, käme man schnell zur Arroganz der Macht dieser Regierung: sie allein stellt fest, dass unsere Verfassung zu ihrer Dispositionsmasse gehört.

Bei Lichte betrachtet ist die „objektive Unmöglichkeit“ zur Einhaltung der Verfassung nämlich nichts weiter als die höchst „subjektive Möglichkeit“, verkündet als Behauptung des Finanzministers. Als habe der die Wahrheit für sich allein gepachtet.

Fazit: Die „objektive Unmöglichkeit“, verkündet als „subjektive Möglichkeit“ des Finanzministers hat nur eine „relative Wahrscheinlichkeit“.



Die Schwarzkanzlei in Nordrhein-Westfalen

Praktikum bei der SGK in NRW

3. Semester Jurastudium. Noch einiges vor sich. Einiges? Naja, eigentlich noch fast alles. Aber gerade deshalb, weil die Weichen noch nicht gestellt sind, weil noch Raum und Zeit bleibt für Fragen und (Neu-) Orientierung – gerade deshalb entschied ich mich für ein Praktikum, das in der Auswahl wohl bisher noch eher Seltenheitswert hat. Nicht zu einem Anwalt für Familien- und Erbrecht (Eins ist sicher: Die Menschen werden sich immer scheiden lassen und sterben.), nicht an ein Gericht (Ebenso sicher: Solange es auch nur zwei Menschen auf dieser Welt gibt, wird es Streit geben.). Nein. Ein dreiwöchiges Praktikum bei der SGK in Düsseldorf. Denn mindestens ebenso sicher wie die genannten Alternativen ist doch, dass eine Demokratie politisch Interessierte und Informierte braucht, die auch vor einem Paragraphenschlingen nicht zurückschrecken.

Ohne den leisesten Hauch einer Ahnung, was mich erwarten könnte, stand ich also am ersten Tag vor meinem Praktikumsbetreuer und fühlte mich alles andere als bestellt und nicht abgeholt. Von Anfang an war ich mittendrin: Stellungnahmen zu

Rechtsanfragen, Gutachten zu bestimmten Fragen – und immer dabei die neuartige Erfahrung, was es heißt, „das Recht“ und „die Politik“ umzusetzen und zu gestalten. Sicherlich als einer der Höhepunkte der Zeit ist die Bundesdelegiertenversammlung der SGK in Hannover zu nennen. Das, was jedoch am meisten prägt, ist die positive Erfahrung, dass es wenig Alltägliches gibt. Immer wieder sind neue Probleme zu lösen und genau das macht meiner Meinung nach den Reiz der Tätigkeiten aus.

So kann ich nur jedem Jurastudenten und Referendar raten, sich einmal ernsthaft zu überlegen,

Kerstin Specken: „Eine Demokratie braucht politisch interessierte und informierte Menschen.“

ob er Interesse an Politik hat und vielleicht auch einen Einblick in die Arbeitsweise von Partei- oder parteinahen Organisationen im Bereich des Rechts erhalten möchte.

Mein Fazit - Drohung oder Versprechen? - ist klar: Wenn irgendwie möglich komme ich wieder.



DIE SCHWARZKANZLEI